

Wenn sie dir morgen befehlen...

An deutschen Hochschulen wird auch militärische Forschung betrieben. Dagegen wendet sich eine immer größer werdende, sogenannte Zivilklausel-Bewegung.

An vielen Universitäten erstarkt derzeit eine Bewegung gegen die, wie es heißt, "zunehmende Militarisierung der Hochschulen". Tatsächlich stehen im Verteidigungshaushalt für "Forschung, Entwicklung, Erprobung" jährlich stattliche 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung, mehr als ein Zehntel des gesamten deutschen Bildungsetats. Der Frankfurter Politologe Peer Heinelt, einer der Wortführer der neuen Bewegung, konstatiert: "Kriegsforschung ist mittlerweile ein flächendeckendes Phänomen; betroffen sind mitnichten nur natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche, sondern ebenso die Sozialwissenschaften."

Dennoch muss man recht genau hinsehen, um wehrtechnische oder bundeswehrrelevante Forschungsprojekte an den Universitäten zu entdecken. Aber es gibt sie, steuerlich mit- oder vollfinanziert: von der Erprobung biomorpher Spezialkeramiken, die für Hubschrauberpanzerungen verwendet werden können, über neue Nachrichtentechniken ("Software Defined Radio" soll die Kommunikation in multinationalen Einsätzen verbessern helfen) bis zu medizinischen oder psychologischen Forschungsvorhaben, welche dazu dienen können, die Einsatzfähigkeit der Truppe zu steigern. Dass die meisten Projekte auch im zivilen Bereich Anwendung finden dürften, hält man bei der Tübinger "Informationsstelle Militarisierung" für irrelevant: Viele Vorhaben der "Rüstungsforschung" würden als zivile Projekte deklariert.

Die Befürworter einer sogenannten Zivilklausel wollen in die Satzungen der Hochschulen - oder in die Landeshochschulgesetze wie von 1993 bis 2002 in Niedersachsen - den Passus aufgenommen sehen, die Forschung an öffentlichen Institutionen diene allein friedlichen Zwecken. Militärforschung und Kooperationen mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie sollen grundsätzlich verboten sein. Knapp dreißig Hochschulen müssten dann auf Projekte und Gelder verzichten, doch dabei handelt es sich nur um die eindeutigen Fälle. Angesichts der schwammigen Formulierung, die nicht nur auf die Finanzierung, sondern auch auf die Intention abhebt, wären selbst militärhistorische Studien in Frage gestellt, erst recht viele Partnerschaftsprojekte mit der Industrie. Im Verteidigungsministerium gibt man sich verwundert: Im Presse- und Informationsstab will man von einer Zivilklausel noch nie etwas gehört haben.

Völkerkunde für Soldaten

Aussichtslos scheint der Vorstoß aber nicht zu sein. Zivilklauseln existieren schon an den Universitäten Dortmund, Bremen, Oldenburg sowie an der TU Berlin. Im Jahre 1991 kam auch an der Universität Konstanz ein Senatsbeschluss zustande, der besagte, "dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen, an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird". Vor einem Jahr hat der Senat der Universität Tübingen auf studentischen Druck die Friedlichkeits-Prämisse von Lehre, Forschung und Studium als Präambel in die Grundordnung aufgenommen. Vier Monate später folgten scharfe Auseinandersetzungen um das Seminar "Angewandte Ethnologie und Militär" der Ethnologin Monika Lanik, die als Oberregierungsrätin beim Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr beschäftigt ist. Es wurde als "Rekrutierungsveranstaltung" diskreditiert.

Soeben fand an der Universität zu Köln eine in Aktivistenkreisen als wegweisend empfundene Abstimmung über die Zivilklausel statt, bei der sich 65 Prozent der Studenten für deren Einführung ausgesprochen haben. Eine bindende Wirkung hat das nicht, aber es werde von den Gremien ernst genommen, so Patrick Honecker, der Sprecher der Kölner Universität. Man lasse nun die Möglichkeit einer Zivilklausel juristisch prüfen. Das aber heiße keineswegs, dem Ansinnen werde stattgegeben: "Das mehrheitliche Meinungsbild zurzeit ist, dass es sich um einen zu starken Eingriff in die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Forschungsfreiheit handelt."

Auf dieses nicht ganz neue Argument war die Gegenseite allerdings vorbereitet. Sie tut es ab mit Verweis auf ein im Jahre 2009 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstelltes Gutachten des Staatsrechtlers Erhard Denninger. Er hatte festgestellt, dass der Landesgesetzgeber verfassungsrechtlich nicht daran gehindert sei, "die Friedens-Finalität der geplanten Forschung durch eine ‚Zivilklausel‘ von der Art ‚Die Körperschaft verfolgt nur friedliche Zwecke‘ zum Ausdruck zu bringen", schließlich sei die Vorgabe von Friedlichkeit nicht tendenziös, sondern vielmehr konstitutives Element der Verfassung. Den Anlass für dieses Gutachten bildete die Zusammenführung des Kernforschungszentrums Karlsruhe (FZK) mit der Universität Karlsruhe (TH) zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) am 1. Oktober 2009. Am FZK existiert seit der Gründung der Vorgängerinstitution im Jahre 1956 eine Zivilklausel, nicht aus Idealismus, sondern um eine Auflage der Alliierten zu erfüllen: Kernwaffenforschung musste ausgeschlossen sein. Noch im FZK- (Neu-) Gründungsvertrag von 1988 heißt es: "Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke."

Das KIT-Gesetz, das der baden-württembergische Landtag am 8. Juli 2009 beschlossen hat, sieht zwar die Übernahme dieser Klausel für einen dem FZK entsprechenden Teilbereich der neuen Universität vor, nicht aber für den ehemaligen Universitätsbereich (heute Campus Süd). Seither tobt ein Kampf um die Friedlichkeitspräambel.

Umnutzung von Heeresgerät

In einer studentischen Urabstimmung hatte sich im Januar 2009 eine Zweidrittelmehrheit für die Übertragung der Klausel auf das gesamte KIT ausgesprochen. Betriebsrat und Gewerkschaften unterstützen diese Forderung öffentlichkeitswirksam. Ein internationaler Appell für die Zivilklausel am KIT wurde nicht nur von mehreren Nobelpreisträgern unterzeichnet, sondern auch vom Bürgermeister von Hiroshima, Tadatashi Akiba. Jüngst hat die "Initiative gegen Militärforschung an Universitäten" in einem offenen Brief die Karlsruher Universitätsleitung erneut aufgefordert, die Zivilklausel in die neue Grundsatzung aufzunehmen. Die Universität selbst hält sich indes bedeckt und teilt auf Anfrage lediglich mit, den Geltungsbereich der Zivilklausel regele das KIT-Gesetz.

Das Vorbild des KIT bis in die Namensgebung hinein ist das Massachusetts Institute of Technology (MIT), ruhmreich aufgrund wissenschaftlicher Exzellenz, aber misslich im Hinblick auf die Friedlichkeit, denn die Nähe einer Forschungseinrichtung zum Militär könnte kaum größer sein. In den achtziger Jahren war das MIT der wichtigste nichtkommerzielle Auftragnehmer des Pentagons, und noch heute wird knapp die Hälfte der für Forschung vorgesehenen 1,375 Milliarden Dollar (bei einem Gesamthaushalt von 2,4 Milliarden) vom Verteidigungsministerium finanziert, dem inzwischen jährlich über 76 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen. Während hierzulande oft der zivile Nutzen solcher Forschungsprojekte herausgestellt wird ("dual use"), betreibt man Rüstungsforschung am MIT weniger verschämt.

In Deutschland ist der Anteil des Verteidigungsministeriums am Drittmittelaufkommen überschaubar. Während das Bundesbildungsministerium zwischen 1991 und 2009 jährlich Drittmittel zwischen vierhundert und neunhundert Millionen Euro vergab, unterstützte das Verteidigungsministerium (BMV) Projekte an öffentlichen Forschungseinrichtungen mit vier bis dreizehn Millionen pro Jahr. Allerdings befand sich unter den Empfängern auch die TU Berlin (trotz Zivilklausel). Zudem entfallen die größten Posten nicht immer auf die Bundeswehr-Universitäten in München und Hamburg, sondern verteilen sich auf zwanzig bis dreißig Hochschulen.

Einige Forschungseinrichtungen erhalten jedoch auch projektunabhängige Zuschüsse. Die Drittmittelzuwendungen und Mittel im Rahmen der Auftragsforschung des BMV (wehrentechnische, wehrmedizinische und nichttechnische Forschung) an Forschungseinrichtungen des Bundes und sonstige Forschungsinstitute und Hochschulen haben 2007 insgesamt rund 52 Millionen Euro betragen. Der bei weitem größte Teil der für Forschung reservierten 1140 Millionen Euro im 31 Milliarden schweren Verteidigungshaushalt wird laut BMV für eigene Forschungen und Erprobungen etwa im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung ausgegeben. Über Forschungsk Kooperationen mit der Privatwirtschaft gibt es keine Angaben.

Die Bundesregierung hat im Juli 2009 zur Zivilklausel am KIT Stellung bezogen. Deren Beibehaltung im Bereich des ehemaligen Kernforschungszentrums sei stets Voraussetzung gewesen für den Zusammenschluss, heißt es, eine Ausweitung auf das gesamte KIT liege im Ermessen des Landes. Weitreichender ist aber möglicherweise eine andere Aussage: "Nach Auffassung der Bundesregierung

hat sich das Verhältnis von Wissenschaftsfreiheit und Zivilklausel seit der Gründung des FZK als einer Großforschungseinheit bewährt." Das schließt zumindest der Tendenz nach an die Einschätzung Denningers an; die jetzt von der Kölner Universität geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken fänden hier keinen Rückhalt.

Das mächtige International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) mit führenden Wissenschaftlern an der Spitze und Mitgliedsorganisationen in der ganzen Welt will in den kommenden Wochen eine Kampagne gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke starten. Zivilklausel-Abstimmungen stehen nun wohl in vielen Hochschulen bevor, organisiert von bestens vernetzten studentischen und lokalpolitischen Initiativen. Möglich macht diese Schlagkraft der Pazifisten nicht zuletzt das dem Militär abgerungene Internet.

If tomorrow they tell you ... **then there is only one thing [Wolfgang Borchert]**

Research carried out at German universities includes military research.

This is being addressed by a mounting campaign for so-called civil clauses.

What is gathering strength at many German universities is a movement against what is being called “the increasing militarization of higher education”. The current German defense budget in fact does contain the impressive sum of 1.1 billion Euros for “research, development, testing” – the equivalent of more than one tenth of the entire German education budget. Peer Heinelt, political scientist from Frankfurt, one of the spokespersons of the new movement, says that “research for purposes of warfare has become an all-encompassing phenomenon, by no means restricted to science and engineering faculties, but also involving the social sciences”.

Still, you would have to take a very close look at the universities’ research programs to discover projects of warfare technology or of relevance to the German armed forces. But they do exist, partly or fully financed from taxpayers’ money: tests of biomorphic special ceramics (useful for helicopter armoring), new communication technologies (so-called “software defined radio” is meant to improve communication in multi-national combat teams), medical and psychological research projects to improve the operational capability of troops. The “Informationsstelle Militarisierung” (Militarization Information Center) in Tuebingen considers the fact irrelevant that most of these projects have the potential for civil application– many “armament projects”, they say, are declared as “civil” projects anyway.

The advocates of the so-called civil clauses want a provision in the constitution of their university – or in their state’s university law, as it existed from 1993 to 2002 in Lower Saxony – to the effect that research at public institutions should exclusively be carried out for peaceful purposes, and that there should be a ban on military research and on cooperation with military institutions or the armament industry. This would mean that some 30 German universities would have to do without some of their projects and funding, but these are only the unambiguous cases. The woolly wording of such a civil clause – which emphasizes not only project funding, but also intentions -, would even exclude studies in military history, not to mention projects involving partnership with industry. The German Ministry of Defense appears to be astonished: their press and information staff says that they have never heard anything of a civil clause.

Ethnology for soldiers

But the effort does not appear to be unpromising. Civil clauses do exist at the universities of Dortmund, Bremen, Oldenburg and the Technical University of Berlin. The Senate of the University of Constance had adopted a resolution in 1991 stating “that research for armament purposes , especially for producing weapons of mass destruction, has no place and will in the future have no place at the University of Constance”. A year ago, the Senate of the University of Tübingen fulfilled a demand by students by adding a clause to the preamble of the university constitution which says that instruction, research and study are to be carried out only for peaceful purposes. This resulted, four months later, in a hot debate over a seminar on “Applied Ethnology and the Military” by Monika Lanik, an ethnologist who holds the rank of a senior executive officer at the Geological Information Office of the Bundeswehr, the German armed forces. The seminar was denounced as a “recruiting event”.

Only very recently students at the University of Cologne held a ballot – “pioneering”, as some activists say -, in which 65 per cent of the students stated that they were in favor of introducing a civil clause. This is not binding but will be considered seriously by the university’s governing bodies, Patrick Honecker – spokesman of Cologne University – said. The possibility of adopting a civil clause would be examined by legal experts, but this would by no means imply that the request will be granted. “At the moment, the majority is of the opinion that this would interfere too strongly with the freedom of research, as guaranteed by constitutional law”.

But the campaigners were prepared for this argument, which is not entirely new. They refer to the professional opinion of Erhard Denninger, an expert in constitutional law, written in 2009 at the request of the Hans Böckler Foundation. He came to the conclusion that constitutional law does not prevent state legislation from “expressing the desired peaceful finality of research in the form of a ‘civil clause’ such as ‘the corporate body will pursue only peaceful purposes’”, and he added that a guideline of pursuing peaceful ends was not tendentious or biased, but, on the contrary, expressed a constitutive element of the German constitution. He had been asked for his expert opinion on the occasion of the merger of the Karlsruhe (Nuclear) Research Center (FZK) with Karlsruhe University, to form the Karlsruhe Institute of Technology (KIT) in effect as of 1 October 2009. A civil clause had existed at the FZK’s predecessor institution since its founding in 1956 – not out of idealism, but as a condition imposed by the Allies: German research on nuclear arms had to be excluded. The FZK’s (new) foundation contract of 1988 still contained the phrase: “The organization will pursue only peaceful purposes”.

The KIT foundation law that was adopted by the Landtag (state parliament) of Baden-Württemberg on 8 July 2009 still contains such a clause for that part of the new university which corresponds to the previous FZK, but not for the former university (the present “Southern Campus”). Since then, a battle has been going on to extend the scope of the “peaceful purposes” preamble.

The Conversion of the Army Apparatus

In a ballot vote of students in January 2009, a two-third majority voted for the application of the civil clause throughout the Karlsruhe Institute of Technology. The works council and the unions supported this demand publicly with widespread effect. Not only was an international appeal for the civil clause at KIT signed by several Nobel Peace Prize winners, but also by the Mayor of Hiroshima, Tadatoshi Akiba. The "Initiative against Military Research in Universities" recently demanded in an open letter to Karlsruhe University that the civil clause be incorporated into its constitution. The University is hesitant in this regard and states, when asked, only that the KIT laws regulate where the civil clause is valid.

The model for KIT, even in the choice of name, is the Massachusetts Institute of Technology (MIT), prominent because of its scientific excellence, but rather questionable with regard to its relation to peace, because its connection with military research could not be any greater. In the 1980's, MIT was the most important non-commercial contractor with the U.S. Pentagon, and even today almost half of the 1,375 billion dollars allocated to research is funded by the U.S. Defense Department (in an overall federal budget of 2.4 billion dollars). In the meantime, the Defense Department has over 76 billion dollars yearly at its disposal for research and development. While the civil use of such research projects in this country (Germany) is often stressed ("dual use"), weapons research is conducted at MIT much less apologetically.

In Germany, the portion of third-party funding by the Defense Ministry is clear to see. While the Federal Ministry of Education gave out third-party funding of 400 to 900 Million Euros per year between 1991 and 2009, the Defense Ministry supported projects in public research institutions with 4 to 13 million Euros per year. Admittedly, the Technical University of Berlin was among the receivers (in spite of its civil clause). Moreover, the largest funding amounts do not always go to the two Universities of the German Armed Forces (BMV) in Munich and Hamburg, but are divided among 20-30 universities and institutions.

But some research institutions receive also support funding independent of project grants. Third-party and contractual research funding by the German Defense Ministry (for research in weapon technology, military medicine and nontechnical research areas) reached 52 million Euros in 2007, and went to federal and other research institutions and universities. According to the Ministry, the by far biggest portion of the 1140 million Euros reserved for research in the 31 billion defense budget is given out for its own research and testing, for example to the Federal Office of Military Technology and Logistics. There is no information about research co-operation with private enterprise.

In July, 2009, the German federal government made a statement concerning the civil clause at the KIT. In the case of the former Nuclear Research Center, a bidding by the civil clause had always been the condition for the merger of the different institutions, and the application of the civil clause to the whole KIT should be left to the judgment of the State of Baden-Württemberg. More far-reaching is probably another statement: "According to the federal government of Germany, the relation between the freedom of research and the civil clause has proved of value since the founding of the FZK as a large research center." This at least implies a tendency to agree with the

assessment of Denninger, that the constitutional objections expressed by the University of Cologne would not find any backing in this statement.

In the weeks to come, the powerful International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), with leading researchers and member organizations in the whole world, wants to start a campaign against research and instruction for military purposes. Votes for the civil clause are imminent in many universities, called for by a network of well organized student and local political initiatives. The Internet, which the pacifists have wrested away from the military, has given them their vigor.